



„Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Perspektiven einer diakonischen Kirche“ Kolpinggedenktag 2011, 01.12.2011, Augsburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ganz herzlich danke ich Ihnen für die Einladung zum Kolping-Gedenktag in meiner Heimatdiözese Augsburg. Das Engagement des Kolpingwerkes mit seinen Kolpingfamilien kenne ich aus meiner Augsburger Zeit noch ziemlich gut. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie viele Menschen sich in Deutschland, aber auch weltweit, von der Idee eines Adolf Kolping anstecken lassen und sich in Kolpingfamilien engagieren. Ein besonderes Kennzeichen von Kolping ist die weltweite Solidarität der Kolpingfamilien untereinander. Aber auch der Einsatz des Kolpingwerkes für benachteiligte junge Menschen ist mehr als bemerkenswert.

„Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Perspektiven einer diakonischen Kirche“, so der Titel meines Vortrages. Zum einen verbirgt sich dahinter die Frage, wie es um die Solidarität in unserer Gesellschaft steht und welche Herausforderungen es gibt; und zum anderen stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis unserer Kirche in dieser Gesellschaft. Auf drei Punkte möchte ich eingehen:

1. Solidaritätspotentiale und -risiken
2. Solidarität konkret: Familien und Pflege
3. Der Beitrag einer diakonischen Kirche

1. Solidaritätspotentiale und -risiken

1.1. Solidarität als Grundprinzip

Der Begriff der Solidarität leitet sich vom lateinischen Wort *solidum* ab. Das bedeutet im Deutschen *fester Grund*. Solidarität ist also ein Fundament, auf das eine funktionierende Gesellschaft angewiesen ist. Es bildet ein Grundprinzip, das alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen sollte. Die Definition des Solidaritätsprinzips im gemeinsamen Wort der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997, das auch 14 Jahre nach seiner Veröffentlichung nichts von seiner Aktualität verloren hat, bringt es treffend auf den Punkt:

„So kommt im Grundsatz der Solidarität ein grundlegendes Prinzip der Gesellschaftsgestaltung zur Geltung. In ihm schlägt sich die Einsicht nieder, dass in der Gesellschaft ‚alle in einem Boot sitzen‘ und dass deshalb ein sozial gerechter Ausgleich für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben unerlässlich ist. Dies gilt sowohl im Inneren einer Gesellschaft wie auch in dem umfassenderen Horizont der Einen Welt.“¹

Das christliche Solidaritätsprinzip gründet letztlich in der Solidarität Gottes mit den Menschen. Wenn wir uns die biblischen Texte anschauen, zieht sich die Erfahrung, wonach Gott die Solidarität mit dem Menschen nie aufgekündigt hat, wie ein roter Faden durch. Weil wir uns von seiner Liebe und Solidarität getragen und beschenkt wissen dürfen, können wir mit anderen solidarisch sein. Die Solidarität Jesu mit den Menschen, besonders mit jenen am Rande, stellt das damalige und das heutige Weltbild auf den Kopf. Denn in den biblischen Texten wird der Schwächste, oft sogar derjenige, der sich schuldig gemacht hat, zum Vorbild im Glauben und in der Nachfolge. Solidarität im Sinne der biblischen Botschaft bedeutet nicht nur Solidarität mit Gleichgesinnten; vielmehr bedeutet sie Solidarität gerade mit dem Armen, dem Schwächsten und letztendlich dem Fremden.

Das klassische Solidaritätsgleichnis aus der Bibel ist das Gleichnis vom barmherzigen Samariter (vgl. Lk 10,35-37). Da lässt sich einer von der Not eines Fremden berühren und sorgt für ihn. Solidarität braucht danach so etwas wie ein Sich-berühren-lassen, eine entsprechende Gesinnung sowie Wissen, Strukturen und Ressourcen.

1.2. Solidarität in der Gesellschaft

Es ist nicht einfach zu erheben, wie es um die Solidarität in unserer Gesellschaft steht. In Sonntagsreden wird gerne auf mangelnde Solidarität hingewiesen. Ich sehe in unserer Gesellschaft beides: Ein hohes Maß an Solidarität, aber auch deutliche Risiken.

Ein hohes Maß an Solidarität sehe ich in unserer Gesellschaft u.a. in der bemerkenswerten Bereitschaft zum sozialen Engagement. Allein in der kirchlichen Caritas engagieren sich mehrere hunderttausend Menschen ehrenamtlich für die Nöte anderer. Im Freiwilligen Sozialen Jahr und im neuen Bundesfreiwilligendienst sind tausende junger Menschen tätig. Ein ähnlich großes Engagement ist unter dem Dach von Kolping zu beobachten. Viele Menschen arbeiten in Sozial- und Gesundheitsberufen, obwohl die Bedingungen nicht immer leicht sind.

Beeindruckend ist auch die hohe Spendenbereitschaft in Deutschland, wenn es um Opfer von Naturkatastrophen geht. Allein für die Not in Ostafrika gingen bei Caritas international, dem Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, mehr als 11 Mio. € an Spenden ein – und das obwohl wir im Frühjahr für Japan zur Unterstützung aufriefen und 2010 anlässlich der Großkatastrophen in Haiti und Pakistan.

Gleichzeitig aber sind in Deutschland auch deutliche Solidaritätsrisiken zu beobachten.

Ganz aktuell sind viele vom Erstarken des Rechtsextremismus schockiert und fragen sich, wie es sein kann, dass ein solcher Terror unbemerkt um sich greifen konnte. Rechtsextremismus hat oft das Gesicht des „Kümmerers“, zu dem man kommen kann, wenn man ein Problem hat. Gefahr von rechts kommt deshalb nicht selten von Organisationen, die unter dem Deckmantel sozialen

¹ Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland Hannover/Bonn 1997, (Gemeinsame Texte Nr. 9), Nr. 119.

Engagements rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten. Prävention von Rechtsextremismus ist deshalb eine wichtige Aufgabe für kirchliche Verbände wie Kolping und die Caritas.

In der Perspektivlosigkeit sehe ich ein weiteres Solidaritätsrisiko. In Deutschland verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Im Jahr 2008 waren es 65.000 Jugendliche. Das sind 7,5 % aller 15- bis 17-Jährigen und 13,3 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Etwa 1,5 Mio. junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und höhere Gesundheitsrisiken sind oft die Folge. Wir dürfen es uns nicht länger leisten, dass Kinder in der Grundschule aus benachteiligten Familien schon sagen, dass sie sowieso nur Hartz IV werden. Castingshows dürfen nicht die einzige Hoffnung für diese Kinder sein. Nur mit einer größeren Bildungsgerechtigkeit können die Chancen dieser Kinder verbessert werden.

Wenn schließlich junge Menschen befürchten, dass sie aufgrund der Auswirkungen des demografischen Wandels Lasten tragen müssen, für welche die sozialen Sicherungssysteme nicht ausreichend ausgestattet sind, dann bedroht auch dies die gesellschaftliche Solidarität. Die Aussicht auf eine mangelnde Rente im Alter und zunehmende Pflegerisiken stärken nicht gerade das Gefühl, in einem Boot mit der älteren Generation zu sitzen. Ganz zu schweigen von den Schulden, die wir anhäufen, damit wir gut leben können – was hinterlassen wir damit den nachfolgenden Generationen?

Und wie steht es außerdem mit dem Verständnis für die Anliegen und Ansprüche von Menschen, die aus fernen Ländern zu uns kommen? Wie ist es um das Bewusstsein bestellt, dass Bodenschätze nicht nur für jene da sind, die jetzt schon einen hohen Lebensstandard haben?

Solidarität ist längst ein Begriff, der Generationen übergreift und weltweit durchzubuchstabieren ist.

2. Solidarität konkret: Familien und Pflege

2.1. Solidarität mit und von Familien

Familien sind der zentrale Ort, wo Kinder Liebe und Geborgenheit erfahren. Die Familie ist in der Regel auch der Ort, wo Solidarität besonders nah erlebt und gelebt wird. Gerade unter Familien mit Kindern ist eine hohe Solidarität vorhanden, wenn es beispielsweise um die Kinderbetreuung geht, wenn keine Verwandten zur Verfügung stehen. Familien brauchen jedoch Rahmenbedingungen, damit sie Beruf und Familie vereinbaren können.

Wir haben uns in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg vor Jahren auf den Weg gemacht, ein familienfreundlicher Betrieb zu werden. Dank „Leihomas“ und „-opas“, einem Eltern-Kind-Büro und der Unterstützung von pflegenden Mitarbeitenden hat sich viel getan. Wir spüren aber auch, dass es vor allem eine Veränderung in den Köpfen braucht. So ist es noch ein langer Weg, Leitungsstellen so weit möglich auch als Teilzeitstellen auszugestalten.

Familien brauchen Orte, wo sie Solidarität erleben und gestalten können. Dazu sind Pfarrgemeinden mit entsprechenden Angeboten vom Kindergottesdienst über den Familienkreis bis zu Gruppen für Alleinerziehende eine gute Anlaufstätte. Aber damit sind längst nicht alle Familien zu erreichen.

Gute Erfahrungen gibt es mit dem Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren. Hier sind unterstützende Angebote nicht nur für das Kind da, sondern auch für die Mütter und Väter. So können darüber hinaus neue soziale Netze entstehen, die der Vereinzelung entgegenwirken.

Solidarität braucht Befähigung und Chancengerechtigkeit. Dazu zählt auch die materielle Ausstattung. Ich sehe im Bildungs- und Teilhabepaket einen wichtigen Schritt dazu. Letztendlich brauchen wir reale Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Am Montag haben wir dazu im Vor-

stand die bildungspolitische Position des Deutschen Caritasverbandes verabschiedet. Darin entwerfen wir eine sehr konkrete Zukunftsvision, wie Schulen benachteiligten Kindern Chancen bieten können. Da gibt es auch in kirchlichen Schulen noch viel zu tun. Denn noch sind viel zu wenig benachteiligte Kinder auch auf kirchlichen Gymnasien!

Viele Diskussionen gibt es derzeit zum Betreuungsgeld. Grundsätzlich geht es darum, Familien in ihrem Erziehungsauftrag zu stärken. Die aktuellen Auseinandersetzungen aber zeigen, dass das Betreuungsgeld in seinen Auswirkungen zwiespältig ist. Es muss nämlich auch auf seine Folgen für benachteiligte Familien hin überprüft werden. Denn auch in den katholischen Kindertageseinrichtungen ist zu erleben, dass die frühkindliche Betreuung und Förderung für Kinder aus solchen Familien mehr als förderlich ist.

Und noch hätten in vielen Städten und Gemeinden Mütter und Väter keine Wahlmöglichkeit zwischen Betreuung und Betreuungsgeld, weil ganz einfach die entsprechenden Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren fehlen. Es ist deshalb alles dafür zu tun, damit gerade Alleinerziehende einen Zugang zum Arbeitsmarkt und Kinder eine entsprechende Förderung bekommen.

2.2. Solidarität und Pflege

Laut Pflegestatistik vom Dezember 2009 erhalten ca. 2,3 Mio. Menschen Leistungen der Pflegeversicherung, rund 1,6 Mio. werden ambulant und ca. 700.000 stationär versorgt. Das bedeutet, dass zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen zu Hause und etwa ein Drittel in Heimen versorgt werden. Die soziale und finanzielle Absicherung der Angehörigen, die unterstützungs- und pflegebedürftige sowie sterbende Menschen betreuen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Solidarität. Die Möglichkeiten, bis zu zwei Jahre für die Pflege von Angehörigen freigestellt zu werden, sind ein wichtiger Schritt gesellschaftlicher Solidarität, jedoch aufgrund des mangelnden Rechtsanspruches für viele keine wirkliche Hilfe.

Nicht alle pflegebedürftigen Menschen können oder wollen jedoch zu Hause gepflegt werden. Deswegen kommt den Pflegeeinrichtungen nach wie vor eine große Bedeutung zu. Wir brauchen deshalb Einrichtungen, die in die Gemeinden und Stadtteile integriert sind, fachlich qualifizierte und motivierte Mitarbeitende haben und in einem engen Kontakt mit pflegenden Angehörigen stehen. Die Zusammenarbeit im Stadtteil und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Angehörigen und Ehrenamtlichen sind ein wichtiger Schritt zu einem am Bedarf der Menschen orientierten Angebot.

Pflegende sind einem enormen Druck ausgesetzt. Sie brauchen unsere Unterstützung und Solidarität. Gleichzeitig müssen sich aber auch die Rahmenbedingungen so ändern, dass sie ihre Arbeit gut leisten können.

Der Deutsche Caritasverband engagiert sich seit langem für eine nachhaltige Reform der Pflegeversicherung. Denn unsere Gesellschaft darf es sich nicht länger leisten, die Kosten für eine menschenwürdige Pflege kommenden Generationen zu überlassen. Am wichtigsten ist, dass der neue Begriff von Pflegebedürftigkeit, wonach nicht nur die körperlichen, sondern auch die geistigen Beeinträchtigungen berücksichtigt werden, endlich umgesetzt wird.

Die jetzt in Aussicht gestellte Erhöhung der entsprechenden Mittel von ca. 1,1 Mrd. € insbesondere für die ca. 1,3 Mio. Demenzkranken ist wichtig, jedoch bei weitem nicht ausreichend angesichts der noch ausstehenden weiteren Reform.

Ein zentrales Problem bleibt die Finanzierung der Pflegeversicherung. Eine zusätzliche verpflichtende private Vorsorge erscheint vielen als die Lösung. Dies ist nicht unproblematisch – weil von den Bürgern in vielen Bereichen des Gesundheitssektors mittlerweile eine private Vorsorge

verlangt wird. Das ist bereits für Menschen mit mittleren Einkommen, ganz zu schweigen mit geringen Einkommen, schwierig.

Der Deutsche Caritasverband hatte schon 2008 vorgeschlagen, die Pflegekosten aus drei Quellen zusätzlich zu finanzieren: Einmal aus einem Risikostrukturausgleich zwischen der sozialen und der privaten Pflegeversicherung – was bedeutet, dass die privaten Pflegekassen, deren Versicherte die Kassen letztlich weniger belasten, aus dem Solidaritätsgedanken heraus einen Ausgleich an die gesetzlichen Kassen zahlen. Zweitens sind wir der Auffassung, dass alle anfallenden Krankenkassenkosten für Kinder steuerfinanziert werden müssten – die Sorge für Kinder ist schließlich eine Kernaufgabe der Gesellschaft. Würden Gesundheitskosten für Kinder künftig aus Steuermitteln finanziert und nicht aus Kassenmitteln, würde etwa eine Summe von bis zu 3,5 Mrd. € für die Pflege frei. Zum Dritten schlagen wir den Aufbau eines Kapitalstocks für Pflege vor – letztlich eine Art neuer Abgabe derer, die jetzt im Arbeitsleben stehen, um den demographischen Wandel in der Pflege finanziell abzufedern.

Mir ist bewusst, dass die Finanzierung der Pflege nur ein Aspekt ist – aber ein wesentlicher. Ergänzend brauchen wir Solidarität mit pflegenden Angehörigen und neue Formen von Unterstützung im Stadtteil und im Dorf. Ohne einen so genannten Pflegemix aus Fachkräften, Familien, Nachbarn und Ehrenamtlichen ist die Pflege auf Dauer nicht zu leisten.

3. Der Beitrag einer diakonischen Kirche

Unsere Kirche ist an vielen Orten ein Stifter von Solidarität. Sie leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. Ihre Berufung zur Diakonia, zur Caritas, ist ein grundlegendes Merkmal der Kirche, wie Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Deus Caritas est*² (DCE) eindrucksvoll festgestellt hat. „Die in der Gottesliebe verankerte Nächstenliebe ist zunächst ein Auftrag an jeden einzelnen Gläubigen, aber sie ist ebenfalls ein Auftrag an die gesamte kirchliche Gemeinschaft.“ (DCE 20) Weiter heißt es: „Die Kirche kann den Liebesdienst so wenig ausfallen lassen wie Sakrament und Wort“. (DCE 22) Der Liebesdienst, die Caritas, ist nach der Enzyklika nicht delegierbar und keine Nebentätigkeit, die in Krisen wegfallen könnte.

Adolf Kolping formulierte es ähnlich mit klaren Worten: „Das Christentum ist nicht bloß für die Kirche und für die Betkammern, sondern für das ganze Leben. [...] Der höchste Inbegriff und kürzeste Ausdruck dieser Grundsätze ist das neue Gesetz der Liebe: ‚Liebe Gott über alles und den Nächsten wie Dich selbst.‘ Alles, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.“³ Das bedeutet aber auch, dass wir alles dafür tun sollten, dass die Berufung zur Caritas in jeder Pfarrgemeinde und in den sogenannten neuen pastoralen Räumen wieder entdeckt wird. „Berufen zur caritas“ haben die deutschen Bischöfe ihr diesbezügliches Wort vom Dezember 2009 genannt.⁴ Da ist gerade an einzelnen Orten durchaus so etwas wie Aufbruchsbewegung zu erleben – auch unter Mitwirkung von Kolping in den Gemeinden!

Viele haben sich vom Deutschlandbesuch des Papstes im September erhofft, dass der Papst Signale für die Bearbeitung drängender kirchlicher Fragen sendet. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Zwar traf er sich mit Missbrauchsoptionen und sprach auch das Versagen und die Schuld von Priestern und Ordensleuten an. Doch er ging so gut wie nicht auf die tiefe Glaubwürdigkeitskrise

² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Enzyklika *DEUS CARITAS EST* von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die gottgeweihten Personen und an alle Christgläubigen über die christliche Liebe, (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 171), Bonn 2006.

³ http://www.kolping.de/grundinfos/kolping_zitate.html (01.12.2011) (RV 1857, 497).

⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Berufen zur caritas*, (Die deutschen Bischöfe Nr. 91), Bonn 2009

unserer Kirche ein. Hier hätte mehr an Verstehen und Orientierung gut getan! Sein Hinweis auf eine notwendige „Ent-Weltlichung“ der Kirche im Sinne einer Abkehr von Privilegien hat Nachdenklichkeit hinterlassen. Abgesehen davon, dass ich diesen Begriff nicht für besonders hilfreich empfinde, muss sich unsere Kirche durchaus fragen, ob sie vielleicht auf überkommenen Rechten beharrt, die jedoch gesamtgesellschaftlich kaum mehr vermittelbar sind. Gleichzeitig ist sie eine Kirche in der Welt und hat die Berufung, die Spuren Gottes in dieser Welt zu entdecken und zu deuten.

Sehr treffend waren die Worte von Bundespräsident Wulff bei der Begrüßung des Papstes. Zum einen würdigte er die Arbeit von Caritas und Diakonie als Zeichen weltweiten Engagements und der Solidarität. Vor allem aber brachte er es mit seinem Blick auf die Kirche auf den Punkt: „Kirche ... lebt mitten in dieser Gesellschaft, mitten in dieser Welt und mitten in dieser Zeit. Deswegen ist sie auch selbst immer wieder von neuen Fragen herausgefordert: Wie barmherzig geht sie mit Brüchen in den Lebensgeschichten von Menschen um? Wie mit den Brüchen in ihrer eigenen Geschichte?“⁵

Ein Thema, das unsere Kirche nicht erst deshalb unbedingt bearbeiten und nach Lösungen suchen muss, ist der Umgang mit geschiedenen und wiederverheirateten Menschen. „Die zunehmende Brüchigkeit moderner Biographien verlangt daher nach einer Diskussion über eine ‚Kultur des Scheiterns‘.“⁶ So die deutschen Bischöfe in ihrem Wort „Chancengerechte Gesellschaft“ vom Juni 2011. Ich finde es wichtig, dass sich Kolping und die verbandliche Caritas im Gesprächsprozess der Bischöfe zur Zukunft der Kirche in unserem Land engagieren. Wir sind dann Kirche Jesu Christi, wenn wir uns nicht hinter heilige Mauern zurückziehen, sondern als Kirche mitten unter den Menschen leben – uns berühren lassen von der Lebenswirklichkeit der Menschen wie der Samariter im Gleichnis bei Lukas!

Der Deutsche Caritasverband beginnt im nächsten Jahr eine dreijährige Initiative zum Thema „Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Wir wollen damit die Gesellschaft sensibilisieren, sozialpolitische Akzente setzen und die eigene Arbeit daraufhin hinterfragen und weiterentwickeln. Schwerpunkte der Initiative sind unsere jeweiligen Jahreskampagnen. 2012 steht sie unter dem Motto „Armut macht Krank – jeder verdient Gesundheit“ und 2013 geht es um Solidarität mit, von und durch Familien. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir in dieser Initiative auch mit Kolping kooperieren könnten. Dazu könnte uns ja durchaus etwas einfallen!

Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz für Solidarität und Gerechtigkeit. Möge Gott unserer Kirche den Mut und den Geist schenken, im Sinne des seligen Adolf Kolping oder eines Lorenz Werthmann, dem Gründer des Deutschen Caritasverbandes, Zeugen für die Liebe und die Solidarität Gottes unter und mit den Menschen zu sein!

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

⁵ Begrüßung Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. zum offiziellen Besuch in Deutschland durch Bundespräsident Christian Wulff am 22. September 2011 in Berlin (www.bundespraesident.de), S. 2.

⁶ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Chancengerechte Gesellschaft - Leitbild für eine freiheitliche Ordnung, (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen Nr. 34), Bonn 2011, 23.